Preis der Einzelnummer 4 Rbl.

Kaukasische Post

Adresse d. Redaktion u. d. Geschäftsstelle: Kirchenstr. (Kirotschnaja), 27, neben der deutschen Bibliothek. —Geschäftsstunden (außer an Sonn- u. Feiertagen) von 11—1 Uhr vorm. (zu fragen nach W. Bauer).

Erscheint 2-mal wöchentlich: am Donnerstag und am Sonntag.

Bezugspreis: 30 Rbl. für 1 Mnt. Anzeigen: die 3-mal gespaltene Kleinzeile auf der ersten Seite 4 R., auf der 4. Seite 3 R.

Nr. 8. Donnerstag, den 29. Januar 1920. 12. Jahrgang.

Von der Redaktion

Inserenten und Abonnenten seien hiermit auf die am Kopfe der Zeitung vermerkte Preiserhöhung aufmerksam gemacht, die laut diesbez. Beschluß des Z.-V. des Verbandes der transk. Deutschen erfolgt ist.

Deutscher Kalender

für das Jahr 1920,

herausgegeben vom Verbande der transkaukas. Deutschen.

Preis: 3 Rbl.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle** der **„Kauk.-Post“**, Tiflis, Kirotschnaja, 27.

NB. Die **Vorstände der Ortsgruppen** des Verbandes werden gebeten, die von ihnen gewünschte Zahl von Exemplaren **umgehend** unter obiger Adresse mitzuteilen, um unliebsamer Verzögerung der Zustellung des Kalenders vorzubeugen.

Der Z.-V. d. Verb. d. transk. Deutschen.

DEUTSCHES HAUS.

Sonnabend, den 31. Januar 1920:

Grosser Festabend

veranstaltet vom ev.-luth. Frauenverein **zum Besten des Siechenhauses.**

Reichhaltiges Konzert

unter gefälliger Mitwirkung der Damen: Bauch (lyr. Sopr.), Beshanow (kol. Sopr), Erni, Gilbert (dram. Sopr.), Lissizin (Melodekl.), Lötz (lyr. Sopr.) und der Herren: Inajew (lyr. Bar.), Matschawariani (dram. Bar.) und geschätzter Liebhaberkräfte. Am Klavier: Fr. Nemetti.

Nachfolgender TANZ mit Kotillon.

Gut besetztes Buffet: süsses Backwerk, Wiener Würstel, Butterbrote, Bier u. s. w.

Eintritt 10 Rbl. **Anfang 8 Uhr abds.**

Volkshaus Subalow.

Deutsche Dramatisch-Musikal. Vereinigung.

Montag, den 2. Februar:

Schiller-Abend

I.

Ouverture aus der Oper „WILHELM TELL“

ausgeführt vom grossen Streich- und Blas-Orchester unter Leitung von Herrn ZENOWSKY.

II.

PROLOG.

Gedichtet von Herrn C. v. HAHN; vorgetragen von Herrn G. PFEFFER.

III.

3. Aufzug, die Schusszene aus dem Schauspiele

„Wilhelm Tell“

In der Rolle „Wilhelm Tell“ (in deutsch. Sprache): Schauspieler RADOLIN.

IV.

Konzert-Deklamation

unter Mitwirkung des Schauspielers RADOLIN u. anderer bewährter Kräfte.

V.

Die Teilung d. Erde.

Inszenierung des Gedichtes. Vorgetragen von Herrn R. TSCHAKERT.

VI.

Holder Friede.

Szene aus dem Liede v. der Glocke: Orchester u. Chorgesang.

VII.

Der erste Kirchgang.

Lebendes Bild aus d. Liede von der Glocke. Orchester, Chorgesang, Harmonium u. Glockengeläute.

Anfang 7 Uhr abends.

EINTRITTSKARTEN (zu den Volkspreisen) an der Kasse des Volkshauses von 10—12 und von 6—8 Uhr ab.

Gesucht

werden **TÜCHTIGE SCHMIEDE** für die Remonte-Werkstelle landwirtschaftl. Geräte und Maschinen A. UTZ & SOHN, Tiflis, Alexanderstrasse № 60. 2—2

Zur politischen Lage.

Inland. — Der Anerkennung der Unabhängigkeit „de facto“ Georgiens und Adjerbeidjans durch den „Obersten Rat“ ist die Anerkennung der „Regierung Armeniens als Regierung de facto“ gefolgt. Am 23. d. Mts. hat der Oberste Kommissar Großbritanniens in Transkaukasien Mister O. Wardrop ein diesbezügliches Telegramm vom engl. Minister des Aeußern Lord Kurzon erhalten und es sofort der armenischen diplomatischen Mission in Georgien übermittelt. In dem betreffenden Telegramm heißt es weiter, daß „die endgültige Festsetzung der Grenzen Armeniens durch diese Entscheidung keineswegs berührt werde.“ Letztere betreffe lediglich den armenischen Staat in seiner gegenwärtigen Gestalt mit der Hauptstadt Eriwan, und sei es vollkommen klar, daß sie sich durchaus nicht auf Türkisch-Armenien beziehe. Die georgische Presse widmet diesem Ereignis freudige Betrachtungen, in der Voraussetzung, daß von nun an die geplante gemeinschaftliche Arbeit aller drei transkaukasischen Republiken auf gewissen Gebieten des politischen und sozialen Lebens sich mit erhöhtem Erfolge werde verwirklichen lassen. — Indessen haben die Minister des Äußern von Georgien, Adjerbeidjan und Armenien bereits einen bedeutenden Schritt vorwärts in dieser Richtung getan, indem zwischen ihnen eine Verständigung erzielt worden ist, nach welcher in Zukunft von jeder der Republiken Delegationen in gewissen Zeitabständen entsandt werden sollen, die das in Aussicht genommene gemeinschaftliche Arbeitsprogramm von sich aus erledigen würden, wobei die Sitzungen der vereinigten Delegationen abwechselnd in Tiflis, Baku und Eriwan stattfinden sollen. Hiermit, so meint man, wäre der Anfang der zu erhoffenden Föderation der transk. Republiken endlich gemacht. Man kann dem glücklichen Beginn nur eine gleich glückliche Fortentwicklung wünschen.

Ausland. — London, der holländische Gesandte in Paris, hat am vorigen Freitag Millerand die Antwort seiner Regierung auf die Note des „Obersten Rats“ vom 16. d. Mts., welche die Forderung der Auslieferung Wilhelm II. enthielt, überreicht. Die Antwort lautet kategorisch verneinend. Hierzu bemerkt das franz. Blatt „Petit Parisien“: „Die Regierung der Niederlande hat sich bedingungslos auf den Standpunkt gestellt, auf den sich der „Oberste Rat“ zu stellen geweigert hat. „Im gegebenen Falle handelt es sich nicht um einen gesellschaftlichen Akt von juridischer Bedeutung“, so hieß es in der Forderung, welche London am 16. Januar überreicht wurde, „sondern um einen Akt der höheren Politik oder, richtiger gesagt, der höchsten zwischenvölkischen Gerechtigkeit, welche von dem Gewissen der ganzen Welt diktiert wird.“ Holland weist darauf hin, daß es keinerlei formellen Gründe für die Auslieferung habe, und fügt die Erklärung hinzu, daß seine Ehre es ihm nicht erlaube, das Recht auf Zuflucht zu verletzen. Somit behandelt es die Frage vom Standpunkt der Moral, auf den es sich aber nicht stellen wollte, und seine Beweisführung richtet sich gegen es, Holland, selbst. Das Recht auf Zuflucht kann nur soweit gelten, als die Person des Zuflucht suchenden an und für sich der Achtung wert ist. Hier ist solches aber nicht der Fall, weil der Ex-Kaiser, nachdem er den Krieg erklärt hatte, denselben mit allen Mitteln des Terrors und der Barbarei geführt hat.“ — Die Meldung von der Absage Hollands betreffend die Auslieferung des Ex-Kaisers wird auch in London lebhaft erörtert. Man meint hier, daß die Antwort nicht als eine endgültige zu betrachten sei. Es wird vorausgesetzt, daß der „Oberste Rat“ der holländischen Regierung den Antrag stellen werde, juristische Delegierte zu entsenden, um gemeinschaftlich mit den Juristen des „Rates“ die rechtlichen Momente zu beraten, auf welche die Absage Hollands sich gründet. — Sehr beachtenswert ist im Zusammenhang mit obigem die Auffassung der tiflis. Zeitung „Wosroshdenije“ (früher „Grusia“) über die Forderung der Auslieferung Wilhelm II. im Leitartikel der Nr. 14, vom 21. d. Mts., wo es unter anderem heißt: „Die gegenwärtige Aufmachung in Europa gebietet gerade das Gegenteil: nach Möglichkeit die scharfen und strittigen Fragen nicht zu verwickeln, die ohnehin nichts weniger als friedlichen Beziehungen nicht allzu beharrlich und koste es, was es wolle, zu vergewaltigen, wie sie zurzeit, nach dem andauernden Blutvergießen, bestehen. Kein zwischenvölkisches Tribunal, vor welchem der frühere deutsche Kaiser erschiene, vermöchte das durch die überstandenen Ereignisse aufgeregte öffentliche Gewissen zu beruhigen. Der schreckliche europäische Krieg, welcher im Jahre 1914 ausbrach, kann nicht irgend einem bösen Willen allein zur Last gelegt werden, selbst wenn ein solcher nachzuweisen wäre. Der Krieg ist die derzeitige Form des Kampfes ums Dasein, und von dem Standpunkt der Interessen seines Staates, seines Volkes, hat jeder Regent, der in den Grenzen der ihm gewährten Vollmachten handelt, das Recht, nicht mit dem Unglück zu rechnen, welches sein Entschluß anderen Völkern bringen könnte. Das Gegenteil verlangen, heißt auf dem Standpunkt internationaler (zwischenvölkischer) Brüderschaft stehen und die Lehren derjenigen (sozialistischen) Parteien verkünden, welche vorderhand noch nicht die offizielle Politik der Mächte leiten. Der europäische Krieg war ein Zusammenstoß von verschiedenartigen Imperialismen (Kaiser-, Willkürherrschaft, Neigung zur Schaffung eines Weltreichs), und der Friede, der soeben in Paris geschlossen wurde, ist der beredteste Beweis für die Richtigkeit dieser Meinung. Indem die „Verbündeten“ Deutschland für die Zukunft alle Mittel eines bewaffneten Kampfes abgeschnitten haben, halten sie es trotzdem nicht für nötig, auch ihrerseits auf die Perspektiven (Aussichten für die Zukunft) einer Vorherrschaft und militärischen Macht zu verzichten. Im Gegenteil — sogar in den Ländern, wo die allgemeine Wehrpflicht nicht bestand, ist die Frage über die Notwendigkeit ihrer Einführung aufgeworfen worden, wie z. B. in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika. Der Pariser Friede ist nicht im geringsten die Verwirklichung irgend welcher neuen Grundsätze des internationalen Verkehrs, sondern ganz und gar die Wiederholung der alten Vorstellungen von dem Rechte des Sieges. Unter solchen Umständen kann von prinzipieller Begründung der Anschuldigung gegen den Staatsmann überhaupt nicht die Rede sein, welcher eben diese Anschauungen vertrat, hierbei aber bloß ausgehend von den egoistischen Interessen seines eigenen Reiches. Wenn schon mal die Bedingungen für den Kampf und den Zusammenstoß der miteinander konkurrierenden Kräfte vorlagen, so kann der einzelne Wille nicht als Urheber dessen, was darauf geschah, gelten. Kaiser Wilhelm hat juridisch seine Rechte keineswegs überschritten, indem

er sich für den schrecklichen Krieg entschied, und wir glauben, daß alle überzeugten Monarchisten in Europa die entsprechende Beschuldigung eines Monarchen für die ungerechteste und gefährlichste Untergrabung desjenigen Prinzips halten werden, welches in vielen europäischen Konstitutionen (Verfassungen) noch nicht gestorben ist.... Und hätte Kaiser Wilhelm Deutschland mit dem Siege beglückt, so wäre er gewiß als völkischer und staatlicher Held gefeiert worden.... Und was heißt schließlich: im Kriege grausam? Welche Grausamkeit ist gesetzlich und erlaubt? Und wenn die Tätigkeit der Unterseebootflotte als verbrecherisch gelten soll, so fragt es sich, ob sich irgend welche prinzipielle Berechtigungen für das System der Hungerblockade ausfindig machen lassen, von welcher die an dem Kriege unmittelbar gar nicht beteiligte friedliche Bevölkerung — Frauen und Kinder — in den Tod getrieben werden? Wenn dem früheren Kaiser wirklich der Prozeß gemacht werden sollte, so .... hieße das noch nicht, daß alle an dem schrecklichen menschlichen Elend Schuldigen von einem vorurteilsfreien zwischenvölkischen Gericht werden gerichtet werden. Etwas ganz anders würden wir sehen: eine neue Repressalie (Vergeltungsmaßregel) der gegenwärtigen Sieger inbezug auf den zurzeit wehrlosen Gegner...". — Der Berliner Berichterstatter des Londoner Korrespondenz-Büros teilt mit, daß in ganz Deutschland, insbesondere in Bayern, eine judenfeindliche Bewegung eingesetzt habe. In das bayrische Parlament sei eine Gesetzvorlage über Beschränkung einiger Rechte der Juden eingebracht worden. In Halberstadt und anderen deutschen Städten begegne man Maueranschlägen mit der Aufschrift „Tod den Juden!" In Berlin sei in allen Mädchengymnasien von den christlichen Schülerinnen ein „Schweige-Boykott" (Acht, Verruf) gegen die jüdischen Mitschülerinnen erklärt worden. Es werden Broschüren mit dem Aufruf zum Boykott der jüdischen Ärzte verbreitet. — In Ungarn gewinnt die gegen-sozialistische Strömung mit jedem Tage an Ausbreitung. Die Polizei in Budapest macht eifrig Jagd auf jegliche sozialistischen schriftlichen Erzeugnisse, und zwar nicht nur soweit sie in der Öffentlichkeit angetroffen werden, sondern auch in Privathäusern. Es genügt das Wort „sozialistisch", um die Bücher zu beschlagnahmen und zu verbrennen. Dieses Schicksal trifft namentlich die Werke von Kautski, Bebel, Engels, Vandervelde und Marx. Bei dem gelehrten Erforscher Marxs Szabo (?) wurde eine 15 000 Bände starke sozialistische Bibliothek fortgenommen, auf den Hof gebracht und verbrannt. Die „Wiener Arbeiter-Zeitung", welche diese Nachricht bringt, bemerkt hierzu: „Wenn sich die Reaktion nur mit dem Verbrennen von Büchern begnügen wollte! Bei weitem nicht! 40 der angesehensten Vorkämpfer für den Sozialismus sind bereits Opfer des weißen Terrors geworden!" Bekanntlich hat die sozialistische Bewegung in Ungarn nach dem Sturze der Räte-Regierung, die hier unter der Führung Bela Kuhns eine Zeitlang bestanden hatte, allmählich einer ausgesprochen monarchistischen Bewegung Platz gemacht. Nicht wenig soll zu diesem Umschwung in der politischen Richtung des Gros (Hauptmasse) der Bevölkerung der Einfluß der Entente beigetragen haben, welche begreiflicherweise kein Mittel unversucht ließ, um dem Vordringen des Kommunismus in seiner gefährlichsten Form — dem russischen Bolschewismus — nach West-Europa zu wehren. Hartnäckig hält sich das Gerücht, daß in Bälde ein Habsburger, d. h. ein Mitglied das früheren österr.-ungarischen Herrscherhauses den ungarischen Thron besteigen werde. — Die „bolschewistische Gefahr in Zentral-Asien für Europa und Großbritanien" hat jüngst dem engl. Staatsmann Churchill Veranlassung geboten, in einer zu Suderland gehaltenen Rede folgendes zu erklären: „Neue Kräfte machen sich auch in Klein-Asien deutlich bemerkbar. Das Bündnis zwischen dem Bolschewismus und dem türkischen Nationalismus kann die Lage Großbritanniens äußern erschweren. Was ferner die Aussichten der bolschewistischen Propaganda in England selbst anlangt, so haben wir keine Ursache, bei den verrückten Fanatikern des Ostens Unterricht zu nehmen. Die Sophismen (Trugschlüsse), welche auf die des Lesens und Schreibens unkundigen russischen Bauern Eindruck gemacht haben, können bei den bewußten und entwickelten englischen Bürgern keinen Erfolg haben." Im weiteren Verlauf seiner Rede auf die Lage Deutschlands zu sprechen kommend, wies Churchill auf die Gefahr möglicher gemeinschaftlicher Handlungen der militaristischen Reaktion und der bolschewistischen Elemente gegen die deutsche Republik hin. „Von uns hängt es ab", fügte Redner hinzu, „daß diese Gefahr nicht zur Wirklichkeit wird." — Auf der Tagesordnung des am 9. und 10. Dezember v. J. in London stattgehabten Kongresses (Versammlung, Zusammenkunft) der Trade-Unions (Gewerkgenossenschaften) standen folgende Fragen: Nationalisierung der Bergwerke, die Arbeitslosigkeit, die allgemeine Wehrpflicht, die englische Politik inbezug auf Rußland, die Teurung, die Zentralisierung (Vereinigung in einem Mittelpunkt, Zusammenziehung) der professionellen Bewegung u. die Bildung eines „Generalstabes der Arbeit". In der ersten Frage hat auch dieser Kongreß, gleich seinem Vorgänger zu Glasgow im September v. J., keinen endgültigen Beschluß gefaßt, sondern die Angelegenheit bis zu dem im Februar d. J. stattfindenden nächsten Kongreß vertagt. Inzwischen sollen das parlamentarische Komitee (Ausschuß) und die Arbeiter-Partei mit noch größerem Nachdruck den Feldzug gegen die Regierung zu Gunsten der Nationalisierung fortsetzen. In der Frage der Teurung hat der Kongreß seinen „entschiedenen Protest" gegen das „andauernd indifferente (gleichgültige) Verhalten der Regierung zu den auf dem Markte tatsächlich herrschenden Privathandels-Monopolen (Alleinverkauf) hinsichtlich der allerwichtigsten Lebensmittel, wobei die Monopolisten ungeheure Gewinste einheimsen" — ausgesprochen. In seiner Resolution fordert der Kongreß, daß der Staat die Preise der Produkte in allen Stadien (Entwicklungsabschnitten, Stufen) des Handels reglementiere (anordne) und dieses Reglement auf dem Wege der Verstaatlichung des Absatzes der allerwichtigsten Produkte durchführe. Die Resolution verlangt mit anderen Worten die Wiederherstellung der staatlichen Kontrolle (Aufsicht), wie sie während des Krieges als zeitweilige Ausnahmemaßregel eingeführt wurde, sowie die Ausdehnung derselben auf die Wohnungen, Nahrungsmittel und Kleidung. Bezüglich der Arbeitslosenunterstützung, die im Laufe von 12 Monaten ganz allgemein, dann aber (vom 21. Nov.) nur demobilisierten Soldaten und Matrosen, soweit sie ohne Arbeit blieben, gewährt wurde bezw. gewährt wird, hat der Kongreß sich dahin ausgesprochen, daß der Staat für alle Arbeitslosen das gleiche Interesse bekunden müsse und verpflichtet sei, ihnen in kürzester Zeit Arbeit zu verschaffen. Die Resolution des Kongresses in der russischen Frage macht es der Regierung zur Pflicht, den Friedensvorschlägen des Räte-Rußlands vollste Aufmerksamkeit zu schenken, und verlangt zugleich die Aufhebung der Blockade, sowie daß dem Kongreß das Recht zugestanden würde, eine selbständige Untersuchung der politischen und wirtschaftlichen Lage Rußlands vorzunehmen. Ferner beschloß der Kongreß, von der Regierung Garantien zu verlangen, daß die allgemeine Wehrpflicht nicht wieder eingeführt würde. Eine sehr große Bedeutung wird der Resolution des Kongresses in der Frage der Organisation beigemessen: mit 2 884 000 gegen 1 722 000 Stimmen erklärte der Kongreß im Prinzip die Gründung eines Allgemeinen-Arbeits-Rates für notwendig, welcher die Tätigkeit der einzelnen Trade-Unions koordinieren (einander anpassen) und das leitende Organ der professionellen Bewegung in ihrem ganzen Umfange sein soll. Wie ungenügend die bisherigen Beziehungen der einzelnen Gewerkgenossenschaften zueinander seien, habe sich besonders seit dem Eisenbahnerstreik gezeigt, an dessen Ergebnis alle Arbeiterverbände in gleichem Maße (mehr oder weniger) interessiert waren. Ein besonderes Komitee wurde damals beauftragt, das Projekt des geplanten Zentral-Rates auszuarbeiten und ist das vorliegende (des Allg. Arbeits-Rates) das Resultat seiner Arbeit.

Der „Wille zum Siege" und die „Parteiinteressen".

Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General v. Ludendorff haben vor dem Untersuchungsausschuß über die Kriegsschuldfrage bekanntlich von „Parteiinteressen" gesprochen, die im Innern Deutschlands in einer Weise Geltung gewonnen hätten, daß im Volke der „Wille zum Siege" gelähmt und schließlich ein „geschlossenes und einheitliches Zusammenwirken von Heer und Heimat" unmöglich gemacht worden sei. Welche Partei die Zeugen hierbei im Auge hatten, liegt auf der Hand. Und daß ihre Behauptung von der Schädlichkeit dieser Wechselbeziehungen zwischen den „Parteiinteressen" und dem „Willen des

Für Herz und Gemüt.

Pussy.

Novelle von Heinz Tovote.

(1. Fortsetzung.)

Thea war jetzt ganz still geworden. Sie dachte nach, und endlich sagte sie:

„Sieh, Rudi, ich hab nichts in meinem Leben, was ich dir nicht sagen könnte. Ich habe nicht einmal einen Mädchenskirt, den ich dir gestehen könnte; ich habe mich weder in einen meiner Lehrer verliebt, noch je etwas mit gleichaltrigen Jungens zu tun gehabt, rein gar nichts. Daß ich ein wildes Ding gewesen bin, das weißt du; und daß ich eine Menge Dummerjungenstreiche ausgefressen, das hast du von Cousine-Maud gehört, die sie mit mir meist gemeinsam verübt hat; sonst wüßte ich nichts."

„Du Dummchen. Glaubst du wirklich, ich sei so neugierig? — Ich werde dir ja auch nicht alles auf die Nase binden. Kleine Mädchen brauchen nicht alles zu wissen."

„Das ist ja ein netter Standpunkt."

„Sei beruhigt, ich habe nichts in meinem Leben, dessen ich mich zu schämen brauchte."

„Ich will ja auch gar nicht fragen, Rudi. Ich vertraue dir, wie du mir vertrauen kannst."

Er fuhr ihr über das Haar und legte den Arm um ihre Schulter.

So schritten sie durch die Landschaft, über die sich jetzt ein feiner Nebelschleier legte, denn die Sonne war untergegangen, und blaß stieg über dem Walde die volle Scheibe des Mondes auf.

Sie gingen am Waldrande hin, an der Tafel vorbei, auf der mit großen gotischen Buchstaben: „Königliches Forstrevier Vierhagen" stand.

Jetzt blieben sie stehen, denn von der Rehwiese her, die tiefer im Walde lag, hörten sie das Schrecken eines Rehs.

Sie waren an den seitlich mit hohen Farnkräutern bestandenen Waldweg gekommen, der zu der Wiese führte.

„Komm!" sagte er, „ich bin mit dir noch nie an der Waldblöße gewesen, und doch ist es der schönste Punkt hier, den ich kenne."

Sie schüttelte den Kopf und blieb vor der Tafel stehen, an der all die Verbote standen, die mit Strafe bedrohten: wenn man außerhalb der Wege ging, lärmte und sang, Feuer machte, oder Hunde mit in das Jagdrevier führte.

Sie starrte die Tafel an, und dann sagte sie hastig:

„Laß uns umkehren."

„Aber weshalb denn? Wir haben Zeit genug. Wenn wir zugehen, sind wir in zwanzig Minuten zurück; und wir haben noch eine gute Stunde bis zum Abendbrot."

„Nein! bitte, komm! . . ."

„Ich möchte so gern einmal mit dir zur Rehwiese. Sieh, es geht ganz gut, der Weg ist trocken genug."

Sie schüttelte energisch den Kopf.

„Neulich wolltest du den Weg schon einmal nicht gehen", sagte er. „Hast du etwas dagegen?"

„Vielleicht! . . ."

„Aber was nur?"

„Frag nicht. Ich mag einfach nicht."

„Aber das ist doch keine Antwort, und vor allem kein Grund. Es sind gewiß Rehe dort, vielleicht sogar der Zehnender, den ich neulich abends spät einmal verhört habe."

„Nein, ich mag den Weg nicht gehen."

„So sag mir doch, weshalb nicht."

„Jetzt nicht."

„Also ein Geheimnis? . . ."

Einen Augenblick zauderte sie, dann sah sie ihn fest an und sagte: „Vielleicht!"

„Ich dachte, du hättest keinerlei Geheimnisse?"

„Ich glaube doch! . . dies eine."

„Also was ist es?"

„Komm zurück, ich mag hier nicht länger stehn. Du sollst es erfahren, nur nicht jetzt. Ich bitte dich, laß mir ein wenig Zeit. Ich hatte wirklich kaum mehr daran gedacht. Früher hat es mich oft gequält, in den letzten Wochen war es wie ausgelöscht."

„Also was ist es?"

„Es hat mit keinem Menschen etwas zu tun. Es geht allein mich an. Aber jetzt komm! Laß mir ein wenig Zeit. Ich will es dir in Ruhe erzählen, nur nicht jetzt."

„Aber du beunruhigst mich mit diesen halben Worten."

deutschen Volkes zum Siege", die den Verlust des Krieges mithin verschuldet haben, nicht einfach aus der Luft gegriffen war, wie mancher, dem diese Behauptung nicht nach dem Sinn ist, glauben machen will, dafür spricht unter anderem eine am 19. 11. 18. in Hamburg von dem soz. dem. „Reichstagsabgeordneten Otto Stolten vor einer sehr zahlreich besuchten Versammlung von Parteigenossen abgegebene Erklärung, die in den Spalten der „K. P." — nach dem Bericht hierüber in dem „Hamburger Fremdenblatt" № 322 (Morgen-Ausgabe) vom 20. 11. 18. — zu veröffentlichen (in Ergänzung des Berichts über die Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 18. 11. 18.), wir aus unserem Leserkreise gebeten wurden.

Der betr. Bericht lautet:

„Die sozial-demokratische Parteileitung von Hamburg hatte zu gestern abend nach den verschiedensten Stadtteilen zehn Mitgliederversammlungen einberufen mit der Tagesordnung: „Die deutsche Revolution". In der im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Versammlung wies der Reichstagsabgeordnete Otto Stolten darauf hin, daß die Revolution sich doch anders entwickelt habe, als man einst in Parteikreisen geglaubt habe. Man sei bis 1870 stets der Meinung gewesen, daß die sozialistische Revolution sich nur unter blutigen Barrikadenkämpfen, ähnlich wie 1789 und 1848 entwickeln würde. In der späteren Zeit habe man eingesehen, daß eine Revolution in Deutschland nur mit der Armee möglich sei, und zwar nach einem verlorenen Krieg. Es sei nun das letztere eingetroffen, wenn man auch nie geglaubt habe, daß der Krieg in solchem Maße verloren gehen würde, wie dies leider jetzt der Fall sei. Die von Rußland ausgegangene Revolution werde sich in kurzer Zeit wohl auch über die Länder der Entente ausbreiten, und die Sozialisten der dortigen Länder würden wohl bald dafür sorgen, daß auch in ihren Ländern der Militarismus abgewirtschaftet haben werde. Für die Erfüllung der Friedensbedingungen und namentlich für die Versorgung mit Lebensmitteln durch Amerika sei es notwendig, daß Deutschland eine Staatsorganisation bilde, die Gewähr des Bestandes biete. Hierzu könne nun aber nur ein auf vollständig demokratischer Grundlage aufgerichtetes Staatswesen gerechnet werden, das aber durchaus nicht die soziale Revolution ausschließe, sondern sie erst herbeiführen wolle. Da man auf wahrer demokratischer Grundlage den Staat errichten wolle, so könne man sich auch nicht mit dem Vorgehen der Spartacus-Gruppe einverstanden erklären, die die breite Masse des Bürgertums von der Regierung ausschließen wolle, auch wenn sie auf demokratischem Boden stehe. Daß dies unmöglich sei, beweisen am besten die jüngsten Vorgänge in Hamburg, wo man sich entschließen mußte, Senat und Bürgerschaft wieder zur Mitarbeit hinzuzuziehen, nachdem man sie ursprünglich durch Diktaturgewalt abgeschafft hatte, usw."

„Nein, du quälst mich. Bitte, Rudi, habe ein wenig Geduld; nur bis heute abend."

Er zuckte die Achseln und ging nun hinter ihr her, langsam schlendernd, mißmutig, daß sie ihm keine nähere Andeutung machen wollte. Seine Phantasie hatte ihm im ersten Augenblicke schon allerlei Möglichkeiten vorgegaukelt. Aber dann hatte sie gesagt: es habe mit keinem andern Menschen zu tun.

Da war ihm eine Last von der Seele genommen; und doch brannte er vor Neugier, was es sein konnte, das sie vor ihn verbarg.

Nach einer Weile kehrte sie sich um und fragte:

„Bist du böse? . . ."

„Soll ich vielleicht nicht?" sagte er ärgerlich, „wenn du mir nicht sagen willst . . ."

„Aber ich will dir ja alles erklären."

„So tue es doch!"

„Wenn ich es mit drei Worten täte, würdest du vielleicht lachen oder auch glauben, ich hätte einen schlechten Charakter, und beides sollst du nicht. Nein, ich möchte, daß du mich kennen lernst, ganz kennen lernst, und deshalb muß ich dir alles in Ruhe erzählen."

„Das kannst du hier doch ausgezeichnet. Kein Mensch ist weit und breit."

„Ach, das ist es nicht. Es hat mich nur so plötzlich überfallen, als ich eben mit dir am Waldeingang stand, so ganz erschreckt, daß ich nun keine Ordnung in meine Gedanken bringen kann. Ich würde alles durcheinander werfen, und das will ich nicht."

„Ganz wie du willst!" sagte er.

Er blieb jetzt hinter ihr, und mit leicht gesenktem Kopfe ging sie den Weg zum Herrenhause zurück, dessen dunkles Dach über den Wipfeln des Parkes vor ihnen emporwuchs.

Er zergrübelte sich den Kopf, was sie ihm wohl so Geheimnisvolles zu eröffnen haben würde. Allerlei Vermutungen kamen ihm, und er war ernstlich böse, daß sie ihm so gar keine Andeutung machen wollte.

Aber wie sie vor ihm herging, so schlank und sicher, ohne Hut, daß die blonden Haare, wie ein reifes Weizenfeld schimmernd, ihr tief in den Nacken fielen, da hätte er sie am liebsten in seine Arme genommen und sie so lange bestürmt, bis sie ihm schon jetzt alles sagte. Allein er bezwang sich und fragte nicht, sondern tat gleichgültig, als gehe ihn die ganze Geschichte nichts mehr an.

Über ihrer Stimmung lag eine Wolke, wenn er ihr auch nicht mehr so böse sein konnte, wie er eigentlich wollte.

Nun blieb sie stehen, kehrte sich um und streckte ihm die Hand hin.

Einen Augenblick zauderte er, dann griff er zu und hielt ihre Hand fest; und nun gingen sie nebeneinander bis zum Eingang des Parkes, wo er sie frei geben mußte, um ihr die Tür zu öffnen. (Forts. folgt.)

Die französische Besatzung des Rheinlandes.

In der Preußischen Landesversammlung wurde am 18. November v. J. die förmliche Anfrage aller Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen, über die geistige Durchdringung der besetzten westl. Gebiete in französischem Sinne verhandelt. Wir entnehmen hierüber der „Voss. Ztg." folgende Einzelheiten, deren Bedeutung auch heute nicht geschwunden ist, da ja leider die in dieser Anfrage gerügten Mißstände mehr oder weniger fortdauern. Der Bericht über die in Rede stehende Sitzung lautet:

Die Anfrage stützt sich auf die Mitteilung des Vorsitzenden der interalliierten Kommission in den besetzten Gebieten Westdeutschland, Herrn Tirard, am 2. November 1919, daß die Einrichtung der Kontrolloffiziere bei den Landratsämtern beibehalten werden soll, ferner, daß die wirtschaftlichen Besatzungsbehörden unter Mitwirkung von Offizieren zur Hebung des militärischen Ansehens Frankreichs bleiben sollen, daß endlich die Schulen zur Erziehung einer geistigen Durchdringung von seiten Frankreichs überwacht werden sollen. Das Haus wünscht die Stellung der Staatsregierung hierüber zu erfahren.

Abg. Leinert (Soz., zur Begründung der Anfrage): „Der Friedensvertrag hat dem deutschen Volke äußerst schwere Bedingungen auferlegt, und es ist wiederholt erklärt worden, daß wir bereit sind, sie zu erfüllen, obgleich sie wahrscheinlich unsere Kräfte übersteigen werden. Die Franzosen, die sich mit Vorliebe Befreier nennen, suchen bei jeder Gelegenheit das im Friedensvertrag festgesetzte Recht zu überschreiten. Wir müssen betonen, das Rheinland ist unser Land, deutsches und preußisches Land. Die Bevölkerung ist deutsch, sie leidet enorm unter diesem Diktatfrieden und wird von den Franzosen behandelt, als ob Deutschland sich mit ihnen noch im Kriegszustand befindet. (Hört, hört! und Sehr richtig!) Ein besonderer Schmerz ist, daß die Franzosen demokratische Kultur durch schwarze Truppen in das Rheinland bringen wollen. (Lebhafte Zust.). Eine Kultur, die sich besonders darin äußert, daß diese schwarzen Truppen die Ehre unserer Frauen und Mädchen nicht zu schätzen wissen. (Stürmische Zustimmung). Welches Ziel verfolgt Frankreich? In einem Blatt heißt es, bei der französischen Regierung sei die Absicht vorhanden, das linke Rheinufer so zu behandeln, daß die preußische Zuständigkeit, von ganz unbedeutenden Fragen abgesehen, vollständig ausgeschaltet werde. Frankreich hoffe, auf diese Weise die Bevölkerung für eine Lostrennung der Provinz vom Reiche zu gewinnen. Das steht vollkommen im Gegensatz zu der Antwort, die die Verbandsmächte auf unsere Beschwerde am 28. Juli erteilten, daß mit einigen Vorbehalten, die lediglich für die militärischen Stellen der Besatzungsarmee nötig seien, der Bevölkerung die freie Ausübung ihrer persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte gesichert werden solle, daß sie frei sein solle in Presse, Wahlen und Versammlungen, daß die politischen, administrativen und wirtschaftlichen Beziehungen der besetzten Gebiete von dem des unbesetzten Deutschlands nicht getrennt werden sollen, daß ebenso die Verkehrsfreiheit zwischen den beiden aufrecht erhalten bleibe. Die Zusicherungen sind uns gegeben. Wie es aber mit der freien Ausübung der Staatsbürgerrechte steht, das ersieht Deutschland und besonders auch Preußen, daraus, daß der Versuch landesverräterischer Elemente, eine rheinische Republik zu gründen, von Frankreich unterstützt wird. (Lebhafte Bewegung, Sehr richtig! auf allen Seiten.) Als dies Ziel, die Einrichtung einer rheinischen Republik, nicht erreicht werden konnte, versuchte Frankreich auf anderem Wege zu einem solchen Erfolge zu gelangen, nämlich, daß es die Verwaltung, die preußische Verwaltung, in seine Hände zu bekommen suchte. Die Zahl dieser Versuche ist außerordentlich groß. Vor allem darf Deutschland oder Preußen die freiwerdenden Verwaltungsstellen nicht nach eigenem Ermessen besetzen. Frankreich sucht deren Besetzung mit landesverräterischen, französisch gesinnten Deutschen zu erreichen. (Große Bewegung. Hört, hört!) Die Freiheit der Versammlungen wird durch tägliche Redeverbote erläutert, die an die den Franzosen mißbeliebigen Redner ergehen, wozu auch Mitglieder dieses Hauses gehören. (Hört, hört.) Und die Freiheit der Presse? Blätter, die die deutsche Demokratie zu fördern suchen und die deutsche Republik vertreten, wie die „Frankfurter Zeitung" vor allem und die „Frankfurter Volksstimme", werden verboten, aber alle Zeitungen, die in der Opposition zu der deutschen und preußischen Regierung stehen, können unbehindert mit großem Behagen der Bevölkerung zugetragen werden. Die Achtung der persönlichen Freiheit und der Gesinnung der Bevölkerung erläutert die Anordnung, daß französischer Unterricht dort eingeführt werden soll. Und dabei haben Frankreich und seine Verbündeten immer die Absicht verkündet, die Besatzung so wenig drückend wie möglich zu machen. Als die Arbeiter sich gegen die Einsetzung von Beamten, die sie als Landesverräter ansehen, wehrten, konnten ihnen die Franzosen nur Maschinengewehre entgegensetzen. Daraus ist eine ungeheure Beunruhigung entstanden, und sie vergrößert sich täglich, besonders noch durch die Äußerungen, die der Vorsitzende der Internationalen Kommission für die besetzten Gebiete, Tirard, am 21. Oktober in Paris auf einem Festmahl und am 2. November zu einem Pressevertreter getan hat. Sie stellen eine unzulässige Bevormundung der Rheinlande dar, sind nichts weiter als der Versuch einer geistigen Durchdringung des Landes und deutscher Stammesangehöriger mit französischem Geist. Wir müssen uns dagegen wenden. Und auch dagegen, daß die Franzosen immer versuchen, Preußen in Gegensatz zu Deutschland zu stellen, daß Frankreich berechtigt sei, dem preußischen Rheinland Freiheit und Demokratie zu bringen. (Lebhafter Beifall.) Preußen ist die führende Demokratie des freiesten Landes der Welt. Wir haben für Reich, Staat und Gemeinden das freieste Wahlrecht, und die Franzosen sollen sich diese Freiheit zum Muster nehmen. (Lebhafter Beifall.) Es ist unerhört, wenn die preußischen und bayrischen Beamten als Fremde bezeichnet werden, unerhört um so mehr, als die Franzosen in dem eroberten Elsaß-Lothringen nicht einmal versuchen, die Elsaß-Lothringer zur Verwaltung heranzuziehen, sondern Stockfranzosen verwenden. Welche Freiheit und Demokratie sie Elsaß-Lothringen gebracht haben, kennzeichnet die Abschaffung des Achtstundentages. Außerdem versuchen die Franzosen eine ausgedehnte Handels- und Industriespionage, um die Geheimnisse des deutschen Gewerbes zu erforschen. Wir stehen in allen Teilen vor Vergewaltigungen und schlimmsten Quälereien. Dabei haben die Franzosen und ihre Verbündeten während des Krieges immer die Selbstbestimmung im Munde geführt und behauptet, daß sie den Krieg im Namen der Humanität führten und nach dem Abschluß des Krieges der Humanität zu ihrem Rechte verhelfen würden. Fünf Parteien des Hauses haben sich vereinigt, um ihre Empfindungen über diese Art der Verwaltung und der Durchdringung des Rheinlandes mit französischem Geiste auszusprechen. Der neue Vertreter der französischen Okkupationsbehörde im Rheinland hat das als sein Programm dargestellt. Sein Programm ist auch das Programm der französischen Regierung. Dies Programm hat die Unruhe nunmehr auf einen Punkt gebracht, daß man sie nur noch als Entrüstung bezeichnen kann. (Lebhafter Beifall.) Ich muß als

Präsident der Landesversammlung namens der deutschen Stämme erklären, das Rheinland braucht nicht politische Freiheit von Frankreich zu empfangen, da es nirgends freier ist als im Rahmen seines Vaterlandes. Das Rheinland und wir sind einig in dieser Empfindung, und wir lehnen alle demokratischen Vorwände und den Vorwand eines Schutzes vor einem neuen Kriege ab. Wenn Tirard das Rheinland als Vorposten ausnutzen will, der Frankreich vor einem Kriege mit Deutschland schützen soll, so antworten wir, daß Deutschlands und Preußens Zukunft nicht nach militärischen Gesichtspunkten eingestellt werden wird, wie die französische Republik mit ihrer Revanche nach 1870. Wir sehen unsere innerpolitische Aufgabe in der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung unseres Landes und unsere weltpolitische Wirkung in der Mithilfe am Bau eines freien Europas. Wir erheben Anklage gegen die Unterdrückung der persönlichen Freiheit, die Vergewaltigung des Landes, die Schändung unserer Frauen und Töchter und den Versuch der Erdrosselung des deutschen Volkes. Wir lassen die Zukunftsangehörigkeit des linken Rheinufers mit dem übrigen Deutschland nicht lockern. In ihrem schweren Kampfe sollen wir die Rheinländer nicht allein stehen lassen. Deshalb fragen wir die Regierung, ob sie gewillt ist, die Rechte des Volkes zu schützen und seine wirtschaftliche Entwicklung. Das rheinische Volk verlangt zu wissen, was die Regierung auf diese Frage zu antworten hat."

(Fortsetzung folgt.)

Ein Militarismus, dessen Fortdauer erwünscht ist.

Aus unserem Leserkreise ist uns eine Betrachtung mit der Bitte um Veröffentlichung in der „K. P." zugegangen, die, obwohl sie bereits am 15. 4. 1916 in dem Organ der „unabhängigen Sozialisten" — der „Freiheit" — erschienen ist, und zwar unter der Aufschrift „Es lebe der Militarismus!", nicht nur nicht an Interesse verloren habe, sondern im Gegenteil heute mehr noch als damals Beachtung verdiene. Indem wir der Ansicht des Einsenders durchaus beipflichten, geben wir diese Betrachtung nachstehend ungekürzt wieder:

„Was die Leute hassen, das nennen sie Militarismus! Sowohl da, wo man Krieg führt, als da, wo man Friede hat, herrscht gegenwärtig der Militarismus, d. h. man hat alle Rücksichten, die man sonst zu üben gewohnt, genötigt oder gewillt war, dem einen und einzigen Zwecke des Staatswohles untergeordnet und die wichtigsten Entscheidungen in die Hand der Heeresleitung gelegt oder diese wenigstens überall ein entscheidendes Wort mitreden lassen. Nun erleben wir etwas Merkwürdiges: zu den Rücksichten, die jetzt der Militarismus beiseite setzt, gehören vor allem jene ärgerlichen Rücksichten auf den volksverderbenden Eigennutz, den Feind allen sozialen Fortschritts, aller entscheidenden Wohlfahrtsforderungen, den Schirmherrn aller Ausbeuterei und Volksvergiftung. Es hat sich seit Jahrzehnten gezeigt, daß weder Regierungen noch Parlamente, weder Wissenschaft noch Bildung, weder Religion noch Kirche, weder Stimmzettel noch Wahlurne diesem Ungeheuer, dem profitgierigen Eigennutz gewachsen sind, der sich als persönliche Freiheit ausgibt. Und endlich sehen wir eine Macht am Werke, die keine Rücksicht kennt und dem Ungeheuer gewachsen ist: das ist die Macht des Militarismus. Sie hat den größten Schnapshändler der Welt, den russischen Staat genötigt, die Bude zu schließen und auf die angeblich im Frieden unentbehrliche, beinahe 2 Milliarden Francs jährlich betragende Einnahme von dem Augenblick an zu verzichten, wo Geld mehr als je nottat. Sie hat die Abgeordneten Frankreichs gezwungen, die Rücksicht auf ihre Sessel und die Angst vor dem Weiteren hinter die Rücksicht auf das Volkswohl zurücktreten zu lassen und den Absinth zu verbieten. Sie hat in Deutschland Brau-, Brenn- und Schenkverbote durchgesetzt, die sonst als himmelschreiendes Unrecht gegolten hätten. Sie hatte dabei wohl die gewaltige Helferin Not. Aber die Not bestand eben darin, daß die Waffen regierten. Die Not ist der Zustand, in dem jeder fühlt, daß das Ganze wichtiger ist als ein Teil, das Leben wichtiger als Behagen, Zusammenhalten wichtiger als Bewegungsfreiheit. Diese Rücksichtslosigkeit des Militarismus macht sich auf dem ganzen Gebiet der Volksfürsorge wohltätig geltend. Wiederholt haben die seit 50 Jahren mit dem deutschen Staat kämpfenden Sozialdemokraten ihre Befriedigung und Anerkennung für die vorbildlichen volkswirtschaftlichen Maßnahmen der Militärbehörden ausgesprochen. Also es gibt einen Militarismus, dessen Fortdauer und Herrschaft über diese Kriegszeit hinaus wir wünschen, das ist der Geist der Rücksichtslosigkeit gegen alle Profitmacher, Spekulanten und Reichwerdenwoller, gegen alle, die „auch leben wollen", mögen hundert andere davon sterben, gegen Brotverteurer und Gifterzeuger, der Geist der umfassenden Volksfürsorge, der vorausschaut und alles einteilt und verteilt, der Geist eines gesunden und gerechten Sozialismus." —

Durch Zeitunglesen weltkundig geworden.

Von Meister J. Schaube (Baku.)

(5. Fortsetzung.)

Samuel Heinicke.

Liebe Leser! In meinem heutigen Schreiben will ich Euch mit dem Begründer der Taubstummenanstalten bekannt machen. Im Jahre 1790, am 30. April, starb in Leipzig Samuel Heinicke, der Begründer der ersten deutschen Taubstummenanstalt. Nach hundert Jahren, am 30. April 1890, wurde ihm ein Denkmal von den dankbaren Bewohnern Eppendorfs bei Hamburg errichtet, wo er von 1768 bis 1778 als Schullehrer und Organist gewirkt hat. Den Grundstein zu allen Taubstummenanstalten, also auch zu der von unserem Verbande in Aussicht genommenen, hat demnach Heinicke gelegt.

Gott beschütze die Schule und Lehrer mit den Zöglingen und mehre die deutsch-gesinnten Spender!

Liebe Leser! welch reicher Segen ist der Menschheit bereits aus den Taubstummenanstalten erwachsen! Tausende von Unglücklichen, die sonst unwissend und roh zur Last ihrer Angehörigen oder der öffentlichen Armenpflege herangewachsen wären, sind zu ordentlichen, brauchbaren Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft erzogen worden. Neben einer sittlich-religiösen Bildung und Erziehung sind es besonders zwei wertvolle Gaben, welche die Taubstummen in den für sie eingerichteten Schulen empfangen: 1.) Sie lernen sprechen, können also anderen hörbar und verständlich ihre Gedanken ausdrücken, und 2.) sie lernen von den Lippen anderer die gesprochenen Worte ablesen und verstehen. Aber noch für weitere Kreise ist die Arbeit der Taubstummenschulen segensreich, nämlich: die an Sprachgebrechen leidenden Kinder, die Stotterer und Stammler, finden an Taubstummenlehrern gute Helfer.

Das Recht der Taubstummen auf Bildung und Erziehung ist allgemein anerkannt, und in allen gesitteten Staaten sind Taubstummenanstalten eingerichtet worden. Voran geht Deutschland, das allein Hunderte solcher Anstalten zählt. Und nun entsteht die Frage: Mit welcher Art Denkmal wollen wir kaukasischen Deutschen dem menschenfreundlichen Säemann Samuel Heinicke unseren Dank beweisen? Ich schlage vor, auf den 30. April einen Samuel Heinicke-Tag festzusetzen mit Kollekten für die Taubstummenschule des Verbandes.

Von heute an sollen unsere Werke unseren Kulturglauben beweisen und zeugen davon, daß wir zu Schillers Stamm gehören und genügend Saft haben, um auch für unsere Taubstummenschule etwas abgeben zu können. Oder sind wir verdorrende Äste, welche abgehauen und im Ofen verbrannt werden müssen, als unnütze Last der Gegenwart?

Wer Ohren hat, der höre, was die Pflicht eines echten Deutschen ist, der zu Schillers Stamm gehört, und dessen Säfte hinaus in alle Welt dringen sollen, wo die deutsche Kultur noch unbekannt ist.

P. S. Hier übermittle ich hundert (100) Rubel von Anna-Maria Schaube für die Taubstummenschule.

Unterrichtswesen.

Lehrprobe aus der Erd- und Heimatkunde (in Form eines ideellen Spaziergangs v. Tiflis n. Mzchet).

Von K. v. Hahn (Tiflis).

(Fortsetzung.)

Nach Norden wird die Ebene begrenzt durch einen gegen die Kura vorstoßenden nicht hohen Gebirgszug, welcher die Straße zum Fluß hindrängt. Drüben auf dem linken Ufer winkt die Kolonie Alexandersdorf; dort liegt das Gelände tiefer. Wenn wir den erwähnten Gebirgszug umbiegen, kommen wir auf das „Digomer Feld", dessen beträchtliche Ebene einmal der Schauplatz einer großen Schlacht war, wie der Name besagt (verkehrt aus „didi" = groß und „omi" = Schlacht.) Den gleichen Namen trägt auch das Dorf, welches sich links im Hintergrund malerisch am Abhang hinzieht. Beide, Ebenen waren einst Buchten eines großen Sees, in welchem sich die Kura vor ihrem Durchbruch durch das enge Tor von Metechi aufgestaut hatte. Dieser See bedeckte auch die große Ebene auf dem linken Kuraufer. Noch früher war das alles Meeresboden. Ueberreste des Meeres sind der Schildkröten- und Lissi-See und einige kleine Salzlachen auf dem Weg zum Dorfe Olginskoje. Als Beweis dafür dient auch das kümmerliche Wachstum. Nur wo der salzhaltige Boden durch reichliche Bewässerung ausgelaugt ist, ist guter Pflanzenwuchs, und es könnten so Hunderte von Werst fruchtbar gemacht werden, wie die Kolonie Alexandersdorf beweist. Jetzt haben wir dort die charakteristischen Leitpflanzen der Steppe: Wermut, Kamelkraut, Disteln, Stipa und andere Gräser. Der Botaniker wird hier wenig Ausbeute machen. Nur der fast einzige Busch dieser kahlen Steppen, der in kleineren oder größeren Gruppen durch sein frisches Grün unsere Aufmerksamkeit auf sich lenkt, birgt in seinem Schutz und Schatten einige bessere Pflanzen, wie Stiefmütterchen, Veilchen, Vergißmeinnicht, Ehrenpreis und weniger bekannte Blümchen. Dieser Busch ist der uns allen bekannte Stechdorn (Paliurus aculeatus: russisch: „держи дерево"). Mit starken und häufigen Stacheln versehen, dient er abgehauen sehr oft als Einzäunung der Gärten gegen unliebsame Eindringlinge. Der stachliche Busch erinnert an die subtropischen und tropischen Kaktus, welche im Süden die Gärten einzäunen und in ihren plumpen eckigen Formen nicht gerade zur Verschönerung der Landschaft beitragen. Aber er ist nicht bloß von Nutzen als Gehege. Seine Blätter und Wurzeln enthalten adstringierenden (zusammenziehenden) Saft, welchen das Volk bei Katarrh und Durchfall anwendet; die flachen Samen, welche an „Plätzchen" erinnern, braucht man bei Lungenkrankheiten, die Früchte bei Blasenleiden. Das Holz der stärkeren Büsche ist weiß, in der Mitte rötlich, fest und elastisch, und gibt prächtiges Material für Drechsler- und Tischlerarbeiten, namentlich sehr gute Stiele für landwirtschaftliche Instrumente. Die Sage erzählt, daß die Dornenkrone des Heilands aus den Dornen dieses Stechdorns geflochten war. Die Schäfer lieben den Busch nicht, weil er den Schafen die Wolle auszupft; um so beliebter ist er bei den Botanikern, da er vielen Pflanzen Schutz verleiht und von seinen „Basallen" dafür keine Leistung verlangt. Ebenso wie das Wachstum ist auch die Tierwelt in diesem Steppengebiet ungemein spärlich. Zeitweise kann man hier im Frühjahr an sonnigen Tagen große Schwärme von Distelfaltern bemerken. Die kleinen, tiefen Löcher in der trockenen Erde weisen auf das Vorkommen von Phalangen, einer großen Spinnenart, hin, deren Biß für giftig gehalten wird. Aber die Tierchen sind besser als ihr Ruf. Vor etwa fünfzehn Jahren machte ich die Bekanntschaft zweier junger deutscher Entimologen, welche mit dem berühmten, vor kurzem in hohem Alter verstorbenen Professor Häckel hierher gekommen waren und sich mit der genauen Erforschung dieser Insekten abgaben. Sie fingen eine ziemliche Anzahl Phalangen ein und ließen sich von ihnen beißen, ohne Schaden zu nehmen. Es erwies sich, daß ihr Biß an und für sich unschädlich ist; da sie aber von Käfern, Würmern und kleinen Insekten leben, so kommt es vor, daß in ihren Kiefern Reste der verschlungenen Leichen nachbleiben, und wenn sie dann beißen, so entsteht eine bösartige Entzündung. Unter den Steinen finden wir manchmal auch die kleinen gelben Skorpione, welche ungereizt völlig unschädlich sind.

(Fortsetzung folgt.)

Herausgeber und verantwortlich für die Redaktion der Z.-V. des Verbandes der transkaukasischen Deutschen.

Stellengesuch.

Herr Johann Rosenberg diente in der Eisenbahnverwaltung ungefähr 35 Jahre gewissenhaft und tadellos. Infolge der Nationalisierung auch dieser Verwaltung mußte er, weil der georgischen Sprache nicht mächtig, seine Stelle aufgeben und steht nun mit seiner Frau ganz mittellos da. Erfahren in allen Kanzleiarbeiten, deutsch und russisch, würde er sehr gerne eine Stelle hier in einem Kontor, oder als Gemeindeschreiber in einer Kolonie annehmen. Zu erfragen: Geschäftsstelle der „K. P.", Kirchenstraße Nr. 27, Tiflis. Sein langjähriger Mitdienender Immanuel Krieg, Vorsteher der elektrischen Abteilung bei der Eisenbahnverwaltung, kann ihn nur aufs allerbeste empfehlen.

Типографія вдовы К. П. Ковловскаго, Головинскій просп., № 12.